



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/VI/40

16. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Byroades Erklärungen	S.1
Politische HO-Läden in Oesterreich	S.3
Das Urteil im "Fall Ehrich"	S.4
Neue Dolchstosslegenden	S.6
Berliner Post aus dem Rundfunk finanziert	S.7

V o r g e f e c h t e

P.R.- Zur rechten Zeit hat Oberst Byroade, Leiter der Deutschlandabteilung im State Department, festgestellt, dass man in Washington nicht daran denke, sich durch die Möglichkeit einer Vierer-Konferenz das Tempo der Bemühungen um die Stärkung des Westens vorschreiben zu lassen. Mit dieser Mitteilung korrespondierte die Ankündigung Marshalls, sehr bald weitere Divisionen nach Europa zu schicken, wobei der unzureichende Umfang, in dem das geschehen soll - Marshall sprach von insgesamt sechs amerikanischen Divisionen - eine Sache für sich ist. Immerhin kommt in beiden Äusserungen der Wille zum Ausdruck, sich von der russischen Absicht nichtbeirren zu lassen und die politische Entwicklung, soweit sie von den Westmächten bestimmt wird, schon durch die Ankündigung einer Viererkonferenz zu verzögern.

Nützlich war auch der Hinweis Byroades, dass die grundsätzliche Neuordnung des politischen Verhältnisses Deutschlands zu den westlichen Alliierten - das Wort Gleichberechtigung fiel nicht - sowie die Frage des militärischen Beitrages, der nur freiwillig sein dürfe, sazusagen in einem Zuge vereinbart werden könnten. Diese Feststellungen und die Bemerkung, der allgemeine Verteidigungsaufbau des Westens habe irgendwelchen deutschen Anstrengungen vorauszugehen, sollte man vor allem auf der gegenwärtigen Pariser Konferenz über eine europäische Armee, aber auch in gewissen Kreisen Englands besonders beachten. Alle diese Äusserungen gehören zur psychologischen Vorbereitung der Vier-

mächtekonferenz. Dabei geht die amerikanische Politik wohl vor allem davon aus, dass es falsch wäre, von vornherein Nachgiebigkeit zu zeigen, während Paris und in geringerem Maße auch London zu stärkerer Zurückhaltung neigen, um den russischen Gegenspieler nicht schon am Beginn der Bemühungen um das Zustandekommen dieser Konferenz vor den Kopf zu stossen.

+ + + +

In diesem Zusammenhang interessiert ein Versuchsballon aus Washington, der offenbar die russische Reaktion auf den Vorschlag erkunden soll, freie, geheime und direkte Wahlen in ganz Deutschland abzuhalten. Es heisst darin u.a. "offizielle Kreise in Washington" hätten noch keine Bestätigung dafür, dass der Bundeskanzler einen solchen Vorschlag, wie er von Dr. Schumacher angeregt wurde, an die Alliierten weitergegeben habe, aber sie würden einen solchen Schritt für "logisch" halten. Es werden dann die Voraussetzungen aufgezählt, die nach der Ansicht dieser Kreise für die Durchführung solcher Wahlen in ganz Deutschland notwendig wären: zunächst volle Pressefreiheit in ganz Deutschland und absolute Wahrung des Wahlheimnisses. Weiter wird auf die vermutliche Forderung der Vereinigten Staaten hingewiesen, die Organisationen in der sowjetischen Zone aufzulösen, welche das politische Regime in diesem Gebiet stützen, einschliesslich der Volkspolizei. Genannt wird weiter die Zurückziehung der russischen Truppen hinter die Oder-Neisse-Linie und hinzugefügt wird schliesslich, die Amerikaner würden nicht die Wiederholung des Zustandes in Deutschland zulassen, der seinerzeit nach dem Abzug der Amerikaner aus Südkorea entstanden sei. Es ist nicht schwer, sich das Moskauer Echo auf diese Vorschläge auszumalen.

Aus solchen diplomatischen Vorgefechten wird im Grunde nur klar, wie gross die Schwierigkeiten sind, die noch vor einer Vierer-Konferenz überwunden werden müssen, abgesehen von den noch grösseren auf ihr selbst wenn sie einmal zusammengetreten ist. Sicher erscheint aber wohl auch, dass man diese Schwierigkeiten kaum durch ein taktisches Entgegenkommen in dieser oder jener Frage ernstlich vermindern kann. Damit werden dem Kreml nur falsche Vorstellungen von der Festigkeit der Absichten des Westens suggeriert werden, was die Sowjets selbst wieder nur zur sofortigen Erhöhung ihrer Forderung und zur Versteifung ihrer Haltung veranlassen würde.

+ + + + +

Politik über HO-Läden - auch in Oesterreich

F.Wien, im Februar

Der Beobachter österreichischer Verhältnisse wird eine Wandlung der Politik der sowjetischen Besatzungsmacht nicht übersehen können. Während die Russen im alliierten Viererrat der österreichischen Regierung einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine werfen, tritt man nach aussen hin, der Bevölkerung gegenüber, als Träger einer "besseren Ordnung in Erscheinung. Die "wilden" Zeiten sollen von der noch vor kurzem gepeinigten Bevölkerung vergessen werden. Dem Staat, seine Wirtschaft, seine Justiz, seine Behörden haben sich die Sowjets aufs Korn genommen, der "kleine Mann" aber bekommt billigen Wodka.

Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die russischen Einzelhandelsgeschäfte, die es bereits zu Dutzenden in der Ostzone Oesterreichs gibt. Diese Betriebe, zentral geleitet von der Wiener USIA, der Verwaltung des deutschen Eigentums in Oesterreich, vermehren sich ständig: in Wien und Niederösterreich wurden schon über 50 gezählt. Da sie keine Steuern, keine Monopolabgaben, keine Zölle und keine Sozialabgaben entrichten, können sie ihre Kunden billig bedienen. (Dem Staat gingen bisher schätzungsweise an direkten Abgaben rund 300 Millionen Schilling verloren.) Der Zustrom der Käufer ist gross. Zu einer Zeit, da Zucker knapp war (etwa im Oktober und November) konnte die USIA Filiale in einer kleinen Stadt des niederösterreichischen Weingebietes bis zu 60 000 Schilling Tageseinnahmen verbuchen. In Deutsch-Wagram wurde sogar ein USIA-Friseurladen eröffnet. Die Preise sind genau halb so hoch wie anderswo. Eine weitere Annehmlichkeit für den Käufer besteht darin, dass diese Läden weder eine genau festgesetzte Sperrstunde, noch die Sonntagsruhe kennen.

Den kleinen Mann, der rechnen muss, vermag man mit politischen Argumenten nicht vom Einkauf in den sowjetischen Läden abzuhalten. Das wissen die Russen gut und würden auch kaum zulassen, dass ihre Geschäfte gestört werden. Deshalb bauen sie das System der USIA-Filialen weiter aus. Die oesterreichische Wirtschaft wird weiter geschädigt, was der Zweck der Bemühungen ist. Nicht anders verhält es sich mit den österreichischen Bodenschätzen, die ausgebeutet werden, ohne dass Oesterreich einen wesentlichen Gewinn davon hätte. So wird die Zistersdorfer Ölproduktion ständig gesteigert, nachdem im Herbst 1949 ein Rück-

gang zu verzeichnen war, was die Russen zu neuen, erfolgreichen Bohrungen an den von deutschen Geologen vor 10 Jahren bezeichneten Stellen veranlasste. (Drei neue Sonden fördern nach Mitteilung der Sozialistischen Korrespondenz bereits 400 Tonnen Erdöl täglich.) Vom Ertrag Zistersdorfs könnten die Importe Oesterreichs gedeckt werden. In Wirklichkeit teilen die Russen nur etwa die Hälfte des im Inlande benötigten Treibstoffes zu, die andere Hälfte muss aus dem Westen für Devisen bezogen werden. Die Schädigung der österreichischen Wirtschaft ist Programmpunkt 1 der USIA.

Was der "Fall Ehrlich" lehrt.

-nn. Die kürzliche gerichtliche Entscheidung über den "Fall Ehrlich" ist in dreifacher Hinsicht höchst bemerkenswert. Das Bonner Landgericht hat in seinem Urteil drei Tatbestände festgestellt: 1. Die Gewerkschaften haben das Recht, angreiferische Behauptungen wie die aufzustellen, dass "Feinde der Gewerkschaften Feinde der Demokratie seien", da sie sich in ihrer Satzung das Ziel gesteckt haben, gegen militaristische und nationalsozialistische Einflüsse und für die Sicherung und den Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu kämpfen. 2. Kein Entnazifizierter kann behaupten, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt zu werden, wenn er auf Grund seiner politischen Vergangenheit von einem öffentlichen Amt ausgeschlossen wird. 3. Die Bundesregierung hat diese These anerkannt, indem sie auf Grund einer Interpellation der SPD-Fraktion erklären liess, sie halte Personen, die für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft an hervorragender Stelle tätig waren, nicht für geeignet, heute hohe öffentliche Ämter zu bekleiden.

Ehrlich hatte gegen den Pressereferenten des DGB Klage erhoben, da er in einer von diesem herausgegebenen Broschüre "Feinde der Gewerkschaften, Feinde der Demokratie" als ehemaliger Landesgruppenleiter der NSDAP in Italien unter den Personen aufgeführt worden war, die nach Ansicht der Gewerkschaften genau so gefährlich, wenn nicht sogar noch gefährlicher sind als Personen, die bewusst oder unbewusst im Auftrage Moskaus einer bolschewistischen Diktatur den Weg ebnen wollen.

Die gerichtliche Entscheidung hat mit der weit verbreiteten Verstellung aufgeräumt, einem Entlasteten dürften aus seiner politischen

Vergangenheit keine Nachteile mehr erwachsen. Ehrlich berief sich auf das Grundgesetz und behauptete, dass er durch den Ausschluss von einem öffentlichen Amt zu einem Staatsbürger zweiter Klasse degradiert würde. Dagegen ist das Gericht der Auffassung des Beklagten gefolgt, dass ein Entnazifizierter wie jeder andere Bürger, der ein öffentliches Amt innehat oder anstrebt, der Kritik über seine Eignung ausgesetzt ist. Ehrlich könne sich nicht dagegen wehren, dass die Gewerkschaften seine berufliche Vergangenheit als massgebend für die Beurteilung seiner Eignung halten und zu einem negativen Ergebnis kommen. In ähnlichem Sinne hat auch die Bundesregierung vor dem Bundestag erklärt, dass sie Personen unabhängig von ihrer formalen Belastung und ohne Rücksicht auf den Ausgang eines Entnazifizierungsverfahrens für die Verwendung in hohen öffentlichen Ämtern dann als ungeeignet ansieht, wenn diese unter dem Naziregime an hervorragender Stelle standen. Als Anwalt des beklagten Gewerkschaftsangestellten hat der SPD-Abgeordnete Arndt vor Gericht erklärt, die Entlastung beseitige zwar ein Hindernis für die Verwendung, doch gebe es keinen Anspruch auf ein öffentliches Amt. Das Argument der Gegenseite, man könne nicht eine ganze Generation von der Mitarbeit am Staate ausschliessen, wies er mit der Bemerkung zurück, dass die Generation des Dr. Ehrlich nicht nur aus Landesgruppenleitern bestanden habe...

Zum ersten Mal auch hat ein ordentliches Gericht die Funktion der Gewerkschaften im Staat, die diese sich durch ihre Satzung zugeschrieben haben, mit zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht. Mit der Veröffentlichung des Weissbuches haben die Gewerkschaften von den Trägern der verfassungsmässigen Gewalt gefordert, einer Entwicklung entgegenzuwirken, die eine Wiederholung der Vorgänge von 1933 befürchten lasse. In welchem Umfange sich die Gewerkschaften als aktive Hüter der Demokratie betrachten, geht aus dem Titel hervor, dass ein Feind der Gewerkschaften gleichzeitig ein Feind der Demokratie sei. Diese Rolle wird noch unterstrichen durch die Erklärung, der DGB werde nicht zulassen, dass die Demokratie ein zweites Mal an falscher Duldsamkeit gegenüber ihren Feinden scheitere. Das ist, alles in allem, ein positives Bekenntnis zu einem Staate, den die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes will. Es ist das kämpferische Einstehen für politische Ziele, die sich auch die wirklich demokratischen Parteien gesetzt haben, und es bedeutet schliesslich die Mitverantwortung dafür, dass die Verfassung nicht gebrochen wird. - - - - -

Neue Dolchstosslegenden

H.Sch. Noch sind keine sechs Jahre seit dem Sturz des tausend-jährigen Reiches vergangen, und schon blühen die neuфаnionierten Dolchstosslegenden auf, schon vollzieht sich die Glorifizierung eines der Hauptschuldigen, des Reichsmarschalls und "ersten Paladins" des grössten Feldherrn aller Zeiten.

Nach allen Lakaien, Zofen, Tippmamsells, Leibphotographen usw. kommt nun in einer deutschen Illustrierten ("Revue-die Weltillustrierte") seit Januar 1951 Frau Emmy Göring wöchentlich zu Wort, nicht direkt und persönlich, sondern über das Sprachrohr ihrer Anwälte Erich Ebermayer und Alfred Mehr. Der Literat Ebermayer, Romanschriftsteller und Drehbuchautor von ehemals im Auftrag des Herrn Goebbels, weiss, wie es etwas aufgezogen wird. Mit Emmy als Backfisch auf der Schauspielschule fängt es wie in einem Kolportage-Roman an. Schauspieler-Dasein hat immer romantische Anziehungskraft; das Privatleben der Stars - und wenn es die von Weimar sind -, wann hat es je nicht interessiert? Der Paladin tritt auf. Cafébekanntschaft, Spaziergang, Schlittenfahrt, Theaterbesuch führen zur Ehe. Dann werden 13 Jahre auf galanteste Weise übersprungen, Jahre repräsentativen Lebens, Jahre des Luxus, des Spitzendaseins als erste Frau im Staate. Es ist nicht ratsam und nicht opportun, heute an die fetten 13 Jahre zu erinnern. Ebermayer hält sich gleich an die mageren und kommt dann lieber auf die unzähligen Wohltaten der Dame zu sprechen, die sich zeugnis-bestätigtermassen niemals hat "Hohe Frau" titulieren lassen. Mag sein. Sie mag auch geholfen haben, wo sie konnte, und mag bescheiden gewesen sein, wiewohl diadengekrönte Photos von neuen dargeboten werden. Sie mag auch Unannehmlichkeiten der Behandlung ausgesetzt gewesen sein. Was geht das heute etwas an? Nachdem Millionen die Heimat und alles Eigentum verloren haben? Nachdem Millionen vergast wurden? Während ein ganzes Volk auf Generationen hinaus seine Blindheit büsst und abzahlt, in der es sich von den Rattenfängern von damals hat einfangen lassen?

Dies alles möchte noch hingehen. Dann folgt jedoch die Darstellung von Görings letzten Sprechstunden und Unterhaltungen mit seiner Frau. Wer hat sie aufgefordert, diese privaten Dinge zu veröffentlichen? Wer kann heute kontrollieren, ob diese Äusserungen, mit deren Veröffentlichung jetzt eine bestimmte Politik verfolgt wird, tatsächlich gefallen sind? Anscheinend der Kontinuität wegen hält man sich dabei immer noch an die Superlative von einst. Die Sprache von Heroïden, einmal beherrscht, ist offenbar nicht leicht wieder abzulegen. Selbst Frau Emmys anwaltlichen Autoren scheint das zu stark, da sie wohlweislich auf die "Subjektivität" der Bekanntschaften hinweisen.

Es gab einmal eine französische Revolution, die nicht nach Schuld fragte, sondern eine ganze Schicht auf den Schinderkarren lud; dazu ist es in Deutschland nicht gekommen. Dass wir aber nun eine neue Heroisierung und Glorifizierung des Paladins und der Seinen hinnehmen sollen, das ist uns zu viel.

Postbetrieb mit Rundfunkgebühren - in Berlin

Berlin, im Februar

sp. In letzter Zeit wurde verschiedentlich in der Presse kritisiert, dass in Westberlin zwar, ebenso wie in der Bundesrepublik, monatlich 2.--DM Rundfunkgebühren pro Teilnehmer erhoben werden, diese aber nicht an die Westberliner Rundfunkanstalten abgeführt oder zum Aufbau eines eigenen Berliner Senders benutzt werden, sondern im Etat der Magistratspost verbleiben.

Die Abteilung für Post- und Fernmeldewesen des Berliner Magistrats steht seit geraumer Zeit in Verhandlungen mit der Bundespost, um diese zu einer Übernahme der Berliner Postverwaltung zu veranlassen. Wie wir erfahren, will die Bundespost einen solchen Vertrag nur abschließen, wenn der Etat der Berliner Magistratspost bei der Übernahme ausgeglichen ist und die Aussicht besteht, dass die Berliner Post auch in Zukunft ohne Zuschüsse betrieben werden kann. Dieser Haushaltsausgleich ist der Senatsabteilung Post- und Fernmeldewesen nur durch zweckentfremdende Verwendung der Rundfunkgebühren für den allgemeinen Postbetrieb möglich. Den Bedenken, die die zuständigen Berliner Stellen gegen die weitere Verwendung der Hörergebühren für rundfunkfremde Zwecke haben, begegnet die Bundespost mit dem Hinweis, dass Berlin nicht 12. Bundesland sei; daher brauchten nach Ansicht der Bundespost die in der Bundesrepublik geltenden Bestimmungen über die Verwendung der Hörergebühren zu Rundfunkzwecken keine Anwendung finden, vielmehr könne hier das Aufkommen an Rundfunkgebühren auch weiterhin nach Gutdünken der einziehenden Stelle, also der Post, verwendet werden.

Internationaler Frauentag

sp. Während der internationalen Frauentagsveranstaltungen, die von den Frauen der SPD am 14. und 15. April in der Bundesrepublik durchgeführt werden, werden einige Grenztreffen stattfinden. Vorläufig ist ein deutsch-schweizer Grenztreffen in Basel und in einem Ort am Bodensee geplant, ausserdem ein Treffen der holländischen und ostfriesischen Frauen.

+ + +

Holländerinnen betreuen deutsche Flüchtlingslager

sp. In Zusammenarbeit mit der Arbeiter- Wohlfahrt Oldenburg und Ost-Friesland haben sich holländische Frauengruppen bereiterklärt, einige Flüchtlingslager im Weser-Ems-Land mit zu betreuen.

+ + +

Internationale Diskussion über Tarnorganisation

sp. Am 28. Februar findet in London eine Sitzung des internationalen sozialistischen Frauenkomitees statt. U.a. soll dabei auch Stellung genommen werden zu den kommunistischen Tarnorganisationen, die unter der Vorgabe des Kampfes für den Frieden versuchen, die Frauen für den Kommunismus zu gewinnen.

+ + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt